

«Unsere Asylpolitik ist ethisch vertretbar»

Das 3. Ethikforum stand am Donnerstagabend ganz im Zeichen der Migrationspolitik. Unter dem Titel «Ethik in der Migrationspolitik» wurden **Herausforderungen** der Thematik **aufgezeigt**, und es wurde **mit Vorurteilen aufgeräumt**.

► GIAN ANDREA MARTI

W

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz? Eine Frage, die oft kontrovers und sehr emotional diskutiert wird. Für die einen ist die Zuwanderung notwendig, um unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten, die anderen fürchten sich vor Überfremdung, Kriminalität und einer zunehmenden Zersiedelung der Schweiz. Am dritten Ethikforum, das vom Rotary Club Chur-Herrschaft organisiert wurde, diskutierten Entscheidungsträger aus Bern und Graubünden über Themen der Migrationspolitik unter den Gesichtspunkten des humanitären Völkerrechts, der Fairness, aber auch unter sozioökonomischen und volkswirtschaftlichen Aspekten.

Am Forum waren Regierungsrat Christian Rathgeb, Marcel Suter, Amtsleiter Amt für Migration und Zivilrecht, Barbara Büschi, stellvertretende Direktorin des Bundesamtes für Migration, Josef Müller, CEO Psychiatrische Dienste Graubünden (PDGR), sowie Josias F. Gasser, Bündner GLP-Nationalrat, eingeladen. Durch den Abend führte Andreas Schapowal, Präsident des Rotary Club Chur-Herrschaft.

Schnellere Verfahren notwendig

Rathgeb äusserte sich in seinem Referat zur Asylpolitik in Graubünden, dass das heutige Konzept der Asylpolitik seiner Meinung nach ethisch vertretbar sei. Es sei richtig, dass die Integration in den Zentren erst erfolge, wenn klar sei, ob ein Asylsuchender bleiben darf. Würde bereits vor einem definitiven Entscheid integriert werden, sei dies viel problematischer.

Auch die Unterbringung von Asylsuchenden in unterirdischen Militärunterkünften hält Rathgeb für ethisch unproblematisch: «Wenn man Soldaten in Militärunterkünften unterbringen kann, dann kann man auch Asylsuchende dort unterbringen.» Die Versorgung der Asylsuchenden könne auch in Militärunterkünften gewährleistet



Integration als wichtigster Faktor **gegen die Kriminalität**: Marcel Suter, Chef des Amtes für Polizeiwesen und Zivilrecht des Kantons Graubünden, am Ethikforum. (FOTOS THEO GSTÖHL)

werden, so Rathgeb. Ein Problem sieht der Regierungsrat aber in den viel zu langen Asylverfahren. Für die Beschleunigung der Asylverfahren brauche es grosse Bundeszentren. «Kantone, die Hand für die Schaffung neuer Bundeszentren bieten, sollen aber bei der Anzahl Zuweisungen entlastet werden», fordert Rathgeb.

Marcel Suter forderte in seinem Referat, dass Asylmissbrauch und Kriminalität konsequenter bekämpft werden müssen. «Fehlende Integration ist der Hauptgrund für Kriminalität», so Suter. Der Leiter des Amtes für Migration machte auch klar, dass das Vorurteil der kriminellen Ausländer in Graubünden nicht mit den Statistiken übereinstimmt: «In Graubünden werden nur sieben Prozent aller Straftaten von Ausländern begangen. Der Anteil begangener Straftaten von Asylsuchenden ist sogar verschwindend klein.» Trotz dieser Zahlen sei eine negative Grundhaltung in der Bevölkerung da, woran laut Suter auch die Medien eine Mitschuld tra-

gen. Für Barbara Büschi kann die Schweizerische Einwanderungspolitik trotz vieler Herausforderungen als Erfolg bezeichnet werden. «Die Wirtschaft prosperiert auch dank der Zulassung von Fachkräften aus der EU sowie aus Drittstaaten», betont die stellvertretende Direktorin des Bundesamtes für Migration. Andererseits führe die Einwanderung in Bereichen der Infrastruktur, des Wohnungsmarktes sowie der Raumplanung zu neuen Herausforderungen. Trotzdem würden die positiven Aspekte der Einwanderung überwiegen. «Die Einwanderung trägt wesentlich zur Verjüngung der Bevölkerung bei und kompensiert die niedrige Geburtenrate der Schweizerinnen», so Büschi.

Ethik im Personalmanagement

Auch Josef Müller ist überzeugt, dass es Einwanderer braucht, gerade im Gesundheitswesen. Denn die unzureichende Anzahl in der Schweiz ausgebildeter Ärzte und Pflegefachpersonen müsse mit ausländischen Fachleuten kompen-

siert werden. «Das Problem der Zulassungsbeschränkung durch den Numerus clausus müsste dringend aufgehoben werden», meint Müller. Eine Erhöhung der Anzahl Studienplätze sei zwingend.

In der Schweiz stammt rund ein Drittel des Ärzte-, Pflegefach- und Therapiepersonals aus dem Ausland. «Die Fremdsprachigkeit und die kulturellen Unterschiede sind eine grosse Herausforderung für Spitäler und Kliniken», so Müller. Die Ethik im Personalmanagement gewinne dadurch umso mehr an Bedeutung, insbesondere in psychiatrischen Institutionen, wo das Gespräch ein wesentlicher Teil der Behandlung sei. Für Müller sind deshalb Massnahmen zur Integration von ausländischen Fachkräften in einen Betrieb zentral.

Moderator Schapowal betonte in seiner Abschlussrede aber auch, dass die Schweiz Massnahmen treffen müsse im Bereich Bildung und Familienpolitik, um weniger von ausländischen Arbeitskräften abhängig zu sein.

«Der rote Teppich wird nirgends ausgerollt»

Laut Regierungsrat Christian Rathgeb müssen kantonale Asylzentren konsequent geführt werden, um eine breite Akzeptanz zu finden. Die **Planung** neuer Bundeszentren in Graubünden ist für ihn an jedoch **an Bedingungen geknüpft**.

BÜNDNER TAGBLATT: Mit welchen Massnahmen will man künftig die Akzeptanz von Asylzentren in der Bündner Bevölkerung erhöhen?

CHRISTIAN RATHGEB: Wichtig ist dass wir die Asylzentren in Graubünden weiterhin straff und konsequent führen. Wir führen diese Zentren in der Schweiz vielleicht am strengsten aber auch fair. Dafür sind wir interkantonal bekannt. Wichtig ist auch dass man bei renitenten Asylsuchenden rasch eingreift, damit diese auch Konsequenzen spüren. So wird auch das Vertrauen der Bevölkerung in die kantonale Führung der Asylzentren aufrecht erhalten.

Gibt es Kantonsregionen die für Asylzentren besser geeignet sind als andere, da mit weniger Opposition aus der Bevölkerung zu rechnen ist?

Ich glaube, für ein Asylzentrum wird nirgends der rote Teppich aus-

gerollt. Es bestehen Ängste und offene Fragen, die ich durchaus nachvollziehen kann. Ich glaube, die Einstellung ist grundsätzlich überall kritisch. Die Akzeptanz steigt aber an jenen Orten, wo man uns die Chance gibt, ein Asylzentrum zu führen und wo man sieht, dass wir die Aufgabe pflichtbewusst und konsequent erfüllen. In Davos beispielsweise haben wir seit Jahren eine hohe Akzeptanz und eine gute Zusammenarbeit. Voraussetzung ist, dass wir die Chance erhalten, einen solchen Betrieb zu starten.

Sind weitere Bundeszentren im Kanton Graubünden geplant?

Welche Form von Bundeszentren gebraucht wird und wo diese stehen sollen wird an der nationalen Asylkonferenz im Januar 2014 diskutiert. Alle Kantone sind daran beteiligt und es wird dann auch Sache der Kantone und des Bundes sein, mög-

liche Standorte zu diskutieren. Diese Standorte sollten in einer gewissen Nähe zu den fünf Empfangszentren der Schweiz stehen. Für Graubünden sind die Zentren in Altstätten und in Chiasso relevant und



«Straff und konsequent geführt»: Regierungsrat **Christian Rathgeb**.

man wird diskutieren, ob im Umkreis dieser Empfangszentren auch ein Bundeszentrum in Graubünden notwendig ist. Meiner Meinung nach hat der Kanton Graubünden mit Sufers und Medel bereits grosse Unterstützung in den vergangenen Jahren geleistet. Alle Kantone sind gefordert.

Ein neues Bundeszentrum ist für den Kanton also nicht prioritär?

Wir wollen jetzt erst die Bedingungen sehen, zum Beispiel, wie die in einem Bundeszentrum untergebrachten Asylsuchenden an das kantonale Kontingent angerechnet werden. Das könnte bedeuten, dass ein Kanton mit einem Bundeszentrum dann mehrere kantonale Transitzentren schliessen könnte. Danach wird man sich auch in Graubünden darüber Gedanken machen müssen, ob man sich für ein Bundeszentrum engagieren will. (GAM)